



PM: BAföG - Einigung steht, doch Finanzierung bleibt offen und Reform unzureichend

Berlin, 29.04.2026

Die angekündigte BAföG-Novelle der Bundesregierung soll offenbar doch noch zum kommenden Wintersemester in Kraft treten, so wurde es heute aus der Koalition bekannt. Die Finanzierung der Reform ist im Bundeshaushalt eingeplant, sodass unter anderem die im Koalitionsvertrag angekündigte Erhöhung der Wohnkostenpauschale von 380 auf 440 Euro umgesetzt werden könnte. Damit kann nun das Gesetzgebungsverfahren beginnen.

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. bewertet die Einigung als überfällig und kritisiert, dass bislang ein substanzieller und belastbarer Gesetzesentwurf fehlt. Der fzs fordert die Bundesregierung auf, das Gesetzgebungsverfahren nun zügig voranzubringen, damit die angekündigten Verbesserungen Studierende rechtzeitig zum Wintersemester erreichen.

„Gerade bei der Erhöhung der Wohnkostenpauschale und der Dynamisierung der Bedarfssätze ist es entscheidend, dass Anpassungen bereits zum Wintersemester greifen“, erklärt Katharina Rummenhölter, Vorstandsmitglied des fzs. „Gleichzeitig darf man sich nichts vormachen: Die bislang angekündigten Maßnahmen gehen wohl nicht über das hinaus, was politisch bereits im Koalitionsvertrag festgelegt wurde. Außerdem bleibt ein echter Reformaufschlag weiterhin aus. Schon jetzt ist absehbar, dass die vorgesehenen Anpassungen nicht ausreichen werden, um den gestiegenen Mieten und Lebenshaltungskosten von Studierenden wirksam zu begegnen.“

Außerdem sieht der fzs insbesondere auch beim Antragsverfahren erheblichen Handlungsbedarf. Die Verfahren müssen schneller, einfacher und verlässlicher gestaltet werden. Dafür ist es essenziell, strukturell am Verwaltungsprozess anzusetzen und bürokratische Hürden abzubauen.

Wöhlerstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhölter

Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen ergänzt: „Der durchschnittliche Preis für ein WG-Zimmer lag zum Sommersemester 2026 bei 512 Euro – davon wird selbst die erhöhte Wohnkostenpauschale weit entfernt sein.

Die Regierung hängt in ihren Anpassungen immer der Lebensrealität hinterher und verkennt, dass es strukturelle Anpassungen bräuchte, um der studentischen Armut entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist der Zeitplan der Bundesregierung äußerst knapp und die geplante Finanzierung der Reform wird aller Voraussicht nach nicht ausreichen, da Fragen der Gegenfinanzierung offen bleiben. Die Debatte um das BAföG ist symptomatisch für das Sozialstaatsverständnis der Bundesregierung.“

Der fzs fordert:

- das Gesetzgebungsverfahren ohne Verzögerungen vorzubringen,
- die Wohnkostenpauschale realitätsnah am örtlichen Mietniveau auszurichten,
- die Bedarfsätze zu dynamisieren und auf menschenwürdige, bedarfsdeckende Beträge anzuheben,
- eine grundlegende Reform hin zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung als Vollzuschuss umzusetzen.

Weitere Forderungen finden sich in einem umfassenden Forderungspapier, das der fzs bei seiner letzten Mitgliederversammlung verabschiedet hat:

<https://www.fzs.de/2026/03/01/bafoeg-reformieren-statt-umbenennen-positionspapier-aenderungsantrag-zu-77mv-i09/>

Rückfragen können gestellt werden an:

Katharina Rummenhüller, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Rahel Schüssler, fzs-Referentin für BAföG und studentisches Wohnen:

rahel.schuessler@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095

f. +49 (0) 30 27874096

m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,

Tabea Herbst,

Tjark-Hagen Kandulski,

Katharina Rummenhüller